

Über die Sinnhaftigkeit wirtschaftspolitischer und gesellschaftspolitischer Instrumente des Kapitalismus / Neoliberalismus (= marktremistischer Kapitalismus) - Schein und Wirklichkeit -

A) Kapitalistisches Instrument Lieferkettengesetz - (aktuelle Fakten)

Im Februar 2021 haben die Minister Altmaier (Wirtschaft) CDU, Müller (Entwicklung) CSU und Heil (Arbeit) SPD einen Entwurf zum Lieferkettengesetz veröffentlicht. Dieser Entwurf hat in der sachgerechten Bearbeitung der Lieferkettengesetz-Materie insgesamt ein sehr geringes Niveau. Die berechtigten Interessen der im Globalen Süden arbeitenden Menschen nach Arbeitsschutz, Einhaltung der Menschenrechte, tendenziell gerechter Entlohnung bei der Produktion zugunsten des Globalen Nordens (hier: Deutschland) werden nur sehr defizitär zur Geltung gebracht. Die bei der Produktion im Globalen Süden vernutzte, geschändete, zerstörte Umwelt, welche für die dort lebenden Menschen existenziell ist, wird kaum geschützt. Dieser Entwurf ist weit überwiegend ein Schutzgesetz zugunsten der deutschen Unternehmer, Konzerne, Kapitaleigner. Deutsche globale Wettbewerbsfähigkeit steht dank Ex-Bundeswirtschaftsminister Altmaier eindeutig im Vordergrund! Dieses Lieferkettengesetz enthält keine zivilrechtlichen Haftungsregeln zur Inanspruchnahme Schaden zufügender deutscher Unternehmen. Gegenüber den deutschen Unternehmen sind keine Strafen für bestrafungsrelevantes Verhalten vorgesehen, sondern nur Bußgelder, die rechtlich lediglich Ahndung von Verwaltungsunrecht sind! Das Gesetz soll erst ab 2023 für Firmen mit mehr als 3.000, ab 2024 mit mehr als 1.000 Beschäftigten gelten. Die allermeisten deutschen Firmen mit Lieferkettengesetzrelevanz wird dieses Gesetz so oder so *f a k t i s c h* überhaupt nicht in die Pflicht nehmen können. Das alles ist skandalös - nicht aus Unkenntnis, sondern mit Wissen und Wollen! Es zeigt sich einmal mehr, dass der Schutz der Menschen des Globalen Südens vor Ausbeutung, Unterdrückung, Gesundheitsschädigung, Tod und der Schutz der Umwelt i m Globalen Süden bei der Produktion (Wertschöpfung) für den neoliberal enthemmten Globalen Norden (hier: Deutschland) wenig gilt. Dieser Schutz wird nur insoweit gewährt, als er den deutschen Kapitalinteressen *n i c h t* im Wege steht! Solidarität: ungenügend! Das Projekt Lieferkettengesetz ist in seiner gegenwärtigen Substanz zweifelsfrei sehr mangelhaft, weshalb im Gesetzgebungsprozess jedenfalls zu realisieren gewesen wären - aber nicht wurden:

- 1. Vollumfängliche Sorgfaltspflichten nicht nur für den eigenen Geschäftsbereich und unmittelbare, sondern auch mittelbare Zulieferer -**
- 2. Eine explizite zivilrechtliche Haftungsregel, wonach Unternehmen vor deutschen Zivilgerichten für Schäden haften, die sie durch Missachtung ihrer Sorgfaltspflichten verursacht haben -**
- 3. Einführung eigenständiger umweltbezogener Sorgfaltspflichten -**
- 4. Eine Ausweitung des Geltungsbereichs auf alle Unternehmen mit über 250 Mitarbeitenden sowie auf kleine und mittlere Unternehmen (KMU) in Sektoren mit besonderen menschenrechtlichen Risiken.**

Ein inhaltlich starkes und wirkungsvolles Lieferkettengesetz zum Schutz der Menschenrechte und der Umwelt in den Ländern des Globalen Südens, die für den Globalen Norden produzieren, ist unverzichtbar! Menschenrechtsverletzungen, Arbeitssituationen/Arbeitsbedingungen, Wohnverhältnisse, Umweltzerstörungen, die partiell, grundsätzlich und strukturell den

Verhältnissen/Zuständen vergleichsweise relativ ähnlich sind, die schon 1845 / 1887 von Friedrich Engels in seinem Werk ' Die Lage der arbeitenden Klasse in England ' präzise und schonungslos aufgezeigt wurden, müssen ohne schuldhaftes Zögern und ohne Wenn und Aber aufgehoben werden! Dabei ist klar zu sehen, dass ein solches Gesetz keinesfalls bereits einen Austritt aus dem System des Kapitalismus bedeutet. Aber ein solches Gesetz ist ein hoch wichtiger Schritt in die richtige Richtung!

B) Kapitalistisches Instrument Freihandel

a) - allgemein -

**als radikal kapitalistisches Instrument - Freihandel, der zur Unfreiheit führt -
(Freihandel als „Brandbeschleuniger“ der kapitalistischen Zerstörung)**

„Das Bedürfnis nach einem stets ausgedehnteren Absatz für ihre Produkte jagt die Bourgeoisie über die ganze Erdkugel. Überall muss sie sich einnisten, überall anbauen, überall Verbindungen herstellen. Die Bourgeoisie hat durch ihre Exploitation des Weltmarkts die Produktion und Konsumtion aller Länder kosmopolitisch gestaltet. An die Stelle der alten lokalen und nationalen Selbstgenügsamkeit und Abgeschlossenheit tritt ein allseitiger Verkehr, eine allseitige Abhängigkeit der Nationen voneinander.“

(Karl Marx/Friedrich Engels, Manifest der Kommunistischen Partei (1847/48), MEW, Bd. 4, S. 465, 466)

(Exploitation = Ausbeutung)

Freihandel und die sogenannten Freihandelsabkommen/-verträge sind keine Erfindung des Turbokapitalismus der letzten fünfzig Jahre. Schon der sogenannte Opiumkrieg 1839 - 1842 zwischen Großbritannien und dem Kaiserreich China zeugt vom Freihandel, wie die westlichen Imperien (heute sprechen wir vom „Westen“, dem „Globalen Norden“) diesen verstanden und verstehen und sich seither zu nutze machten und machen.

„China hatte jahrhundertlang Erfahrungen mit den Folgen des Opiumgenusses und wollte die zunehmende Drogenabhängigkeit seiner Untertanen nicht hinnehmen. Es sandte zunächst erfolglos Bittbriefe an die englische Königin Victoria und verbot schließlich den Opiumhandel. Die britischen Händler handelten das Opium daraufhin illegal, bis China 1839 350 Händler internieren und die dabei beschlagnahmten 1.400 Tonnen Opium verbrennen ließ. John Stuart Mill, Philosoph, Ökonom und zeitlebens Angestellter der East India Company, hielt dieses Verbot für ein Übel mit dem Argument, dass es ein *Eingriff in die Freiheitsrechte* der potenziellen Käufer sei (Mill 1989:96). Das britische Unterhaus entsandte 16 Kriegsschiffe mit 540 Kanonen und 4.000 Soldaten, die die chinesischen Dschunken in Grund und Boden schossen. 1842 endete der Krieg mit dem Zwangsvertrag von Nanking, in dem sich China zum unbeschränkten Freihandel einschließlich Opiums, der Abtretung Hongkongs und zu Reparationszahlungen verpflichtete.“ (Helge Meves in „Alle Verhältnisse umzuwerfen ... und die Mächtigen vom Thron zu stürzen.“, 2018, S. 160, 161)

Heute geht es vordergründig weniger gewalttätig zu - aber nur vordergründig! Petra Pinzler, Journalistin, Autorin (studierte Wirtschafts- und Politikwissenschaft), beschreibt den gegenwärtigen Zustand betont sachlich wie folgt: „Frei oder in Fesseln? TTIP, TISA, CETA: Weltweit wächst der Protest gegen eine Handelspolitik, die vor allem das Wohl multinationaler Konzerne im Blick hat. Mühsam errungene Regeln zum Schutz von Verbrauchern, Arbeitnehmern und Umwelt werden demontiert. Die neuen Abkommen gefährden hart erkämpfte Bürgerrechte, sie erzwingen Liberalisierung und fesseln die Demokratie. Und TTIP ist nur ein Teil des Problems, längst gehört

die gesamte Handelspolitik reformiert.“ (Klappentext (Rückseite) von „DER UNFREIHANDEL Die heimliche Herrschaft von Konzernen und Kanzleien“, Petra Pinzler, 2015)

Nähern wir uns einer radikalen Kritik der sogenannten Freihandelsabkommen (Helmut Gelhardt - anlässlich der Demonstration gegen die Freihandelsabkommen TTIP / CETA / TISA in Koblenz am 18.04.2015 - Europäischer Aktionstag Freihandelsabkommen, Internetseite der KAB DV Trier, hier: FORDERN! / GEGEN TTIP / CETA U.A. / Globaler Aktionstag : 18.04.2015): „Mit welchem System hat dies alles zu tun? Und was haben die Freihandelsabkommen TTIP / CETA und TISA mit dem zu identifizierenden System zu tun? Zu tun haben wir es mit dem System des Kapitalismus! Das kapitalistische/neoliberale/marktradikale Wirtschaftssystem ist geprägt vom Konkurrenzsystem. Dieses System führt unentrinnbar zu einem wesensbestimmenden/innewohnenden Wachstumszwang, der seiner inneren Logik gehorchend nur in permanenter Profitmaximierung und daraus sklavisch folgend ungebremster Kapitalakkumulation „kapitalistisch“ vernünftig sein kann. Letztlich führt diese Verkettung unausweichlich zur (schleichenden) Enteignung der abhängig arbeitenden Menschen, welche gezwungen sind diese Wirtschaftsweise/Produktionsweise durch ihre Arbeit aufrecht zu erhalten, weil sie sich ohne das Entgelt für diese Arbeit nicht lebensfähig erhalten (reproduzieren) könnten. Solange dieses System besteht, sind die Menschen Gefangene dieses Systems. Dieses System stellt sich im wahrsten Sinne des Wortes als „Teufelskreis“ dar! Die Arbeit der Menschen erzeugt erst diese Profitmaximierung und Kapitalakkumulation nahezu ausschließlich zugunsten der (großen) Kapitaleigner. Der abhängig/fremdbestimmt arbeitende Mensch „profitiert“ nicht. Er wird, wenn er noch zu den „glücklicheren“ gehört, nur mit einem ungerechten Lohn abgespeist! Er wird mehr oder weniger ausgebeutet. Diejenigen, die nicht mehr das „Glück“ haben ausgebeutet zu werden, sind (siehe nachfolgend) Ausgeschlossene! Dieses System stellt sich uns faktisch immer mehr dar, als eine Wirtschaft der Ausschließung. Als ein System, in dem das Geld vergöttert wird. In dem das Geld „regiert, statt zu dienen“. Als ein System der exorbitant zunehmenden sozialen Ungleichheit, die Gewalt hervorbringt. Papst Franziskus hat es in einem einzigen kurzen, treffenden Satz unüberbietbar so ausgedrückt: 'Diese Wirtschaft tötet'. (Evangelii gaudium, 53.) Das hört sich radikal und absolut an. Und vielen Vertretern sog. Eliten passt dieser Satz ganz und gar nicht! Aber dieser Satz muss von seiner Radikalität und Absolutheit nichts zurücknehmen. Er ist die richtige Beschreibung der Realität!“

Auch in den USA gibt es bedeutende Stimmen gegen TTIP. Senator Bernie Sanders (Demokraten) erklärt: „Wir haben Freihandel ausprobiert, es funktioniert nicht“. Er nennt „Millionen von Arbeitsplätzen“ und „60.000 Fabriken“ in den USA, die dem Freihandel mit Mexiko und Kanada seit 1994 zum Opfer gefallen seien. Er spricht von einem „Krieg gegen arbeitende Amerikaner“. (taz.de vom 17.04.2015 - „Krieg gegen arbeitende Amerikaner“) (Anmerkung des Verfassers: Senator Bernie Sanders sieht sich als Demokratischer Sozialist.)

Der US-amerikanische Senator Bernie Sanders hat auch gegenwärtig sein Einschätzung nicht geändert: „Aber die Clinton-Regierung trieb nicht nur die Deregulierung der Wallstreet voran, sie arbeitete auch mit den Großkonzernen Amerikas (*corporate America*) zusammen, um gegen die Gewerkschaften und eine Mehrheit der Demokraten NAFTA durchzusetzen, ein desaströses Freihandelsabkommen, das uns nicht nur Hunderttausende von Arbeitsplätzen kostete, sondern auch den Boden für zukünftige Freihandelsabkommen bereitete, die ebenso verheerend waren.“ (Sanders, 2017, S. 65)

„Die Realität ist, dass die sogenannte Freihandelspolitik der letzten 35 Jahre amerikanischen Arbeitnehmern unaufhörlich geschadet hat. Die von der US-Wirtschaft manipulierten Freihandelsabkommen haben es den Konzernen viel leichter gemacht, Produktionsanlagen in den USA zu schließen, Arbeiter auf die Straße zu setzen und nach Mexiko, China oder in anderer Länder umzuziehen, wo nur ein Bruchteil der hiesigen Löhne gezahlt wird.“ (Sanders, 2017, S. 223)

Und auch in Mexiko gab und gibt es massiven Widerstand gegen den Freihandel / Freihandelsabkommen. Besonders und jedenfalls bei der indigenen Bevölkerung, den Indigenas, in Gestalt der (neo)zapatistischen Bewegung.

„Am 01. Januar 1994 trat das Freihandelsabkommen NAFTA in Kraft. Die Regierungen Kanadas, der USA und Mexikos haben es unterzeichnet und damit die größte Freihandelszone der Welt geschaffen. NAFTA war ein Pionierabkommen, - vor allem, weil es neben dem Warenhandel auch Dienstleistungen, Investitionen, das öffentliche Beschaffungswesen und geistiges Eigentum einschließt. Heute, 22 Jahre später, kann man die Folgen von NAFTA sehen. Versprochen hatten seine damaligen Befürworter Wachstum und Arbeitsplätze. Stattdessen haben Millionen Menschen in allen drei Ländern ihre Arbeit verloren oder drastische Lohnsenkungen hinnehmen müssen. Die Umwelt hat gelitten und der Staat hat deutlich an Macht verloren. Profitiert hingegen haben in jeglicher Hinsicht transnationale Großkonzerne. Heute hören wir die gleichen Argumente wieder bei CETA und TTIP.“ (attac Leipzig, Pressemitteilung vom 23.08.2016, „Zapatistas und der Widerstand gegen Freihandel“)

Der ehemalige Subcomandante Marcos der Ejército Zapatista de Liberación Nacional - EZLN - (Zapatistische Armee der Nationalen Befreiung) ¹⁾ wurde von dem spanischen Schriftsteller, Journalisten und Lyriker Manuel Vázquez Montalbán bereits um die Jahrtausendwende (jedenfalls vor dem Jahr 2000) im mexikanischen Bundesstaat Chiapas, im Süden Mexikos, interviewt. Montalbán stellt in diesem Interview fest: „Der Zapatismus tritt genau zu dem Zeitpunkt an die Öffentlichkeit, als mit dem Inkrafttreten des Freihandelsabkommens NAFTA der Eintritt Mexikos in die Erste Welt proklamiert werden soll. Da ertönt die zapatistische Alarmglocke wie ein Dementi dieses sogenannten glücklichen Endes der Modernisierung.“

Marcos antwortet wie folgt: „Das hat sich aus der historischen Entwicklung ergeben. Der Neoliberalismus, die Globalisierung, bereitet eine großangelegte Simulation vor: Wir können es erreichen, daß Mexiko zur Ersten Welt gehört, aber das geht nicht, wenn wir alle sozialen Schichten einbeziehen. Es geht nur dann, wenn diejenigen ausgegrenzt werden, die den Modernisierungsstandards nicht entsprechen. Im Falle des Liberalismus sind das die Standards von Kauf und Verkauf. Bei unserem Eintritt in die Erste Welt sollten also zehn Millionen Indios ausgeschlossen werden, so als seien sie keine Mexikaner, weil sie niemals als solche behandelt wurden. Der Neoliberalismus selbst treibt die Indios zur Rebellion, seit er 1982 in seiner ganzen Härte in Mexiko eingeführt wurde. Nicht der Zapatismus, sondern der Neoliberalismus stellt uns vor die Wahl: entweder weiterleben und kämpfen oder verschwinden und sterben. (...) Wir wollten zeigen, daß der Eintritt Mexikos in die Erste Welt auf einer Lüge beruhte. Nicht nur einer Lüge für die indianische Bevölkerung, wie es die Krise von 1994/95 offenlegte, sondern auch für die Mittelschichten, für die arbeitende Klasse, wie man früher sagte. Und sogar für einen großen Teil des Unternehmertums. (...)“ (Montalbán, 2001, S. 86 – 90)

Das Sachbuch des Rechtswissenschaftlers Simon Schuster: Demokratie des gehorchenden Regierens - Das zapatistische Modell einer neuen Gesellschaftsordnung, 2017, hat das Thema Neoliberalismus (m a r k t e x t r e m i s t i s c h e r Kapitalismus) und Kapitalismus in Mexiko gleichfalls zum Gegenstand - hier ebenfalls u.a. mit Bezug auf das Freihandelsabkommen NAFTA.

„Als Beweis für die Dominanz des >Exkludierenden< im politischen System Mexikos führen die Zapatist*innen die Wirtschaftspolitik Mexikos der 80er Jahre, die Reform des Art. 27 CF, den Beitritt zur NAFTA (...) an. (...) Alle aufgezählten Strukturanpassungen sind für die Zapatist*innen Symbol der Trennung der politischen Akteure von ihrer Basis, dem mexikanischen Volk. Die strikte Liberalisierungspolitik, gut symbolisiert durch die Agrarreform des Art. 27 CF und den Beitritt zur NAFTA, steht für sie im Widerspruch zu den Bedürfnissen der armen Bevölkerung Mexikos und im

Zeichen der Interessen des internationalen Großkapitals. Für die Zapatist*innen ist die Tatsache, dass die gewählten Politiker*innen Entscheidungen gegen die eigentlichen Interessen vieler Wähler*innen durchsetzen, Beweis für das Fehlen von Demokratie im politischen System Mexikos. Das mexikanische Volk, das gemäß Art. 39 CF der verfassungsmäßige Souverän sein sollte, habe die Entscheidungsgewalt im Staat verloren. Die interne Ausgestaltung der staatlichen Ordnungsstrukturen vermochte es nicht, die Souveränität gegen die gesellschaftlichen Kräfte zu behaupten. Die mexikanische Demokratie sei strukturell deformiert worden. In einem ihrer neueren Comunicados verdeutlichen die Zapatist*innen erneut, welches Bild sie von der Regierung und den Politiker*innen im Allgemeinen haben. Unter anderem heißt es dort:
„Die von oben sprechen: Wir sind diejenigen, die befehlen. Wir haben mehr Macht, auch wenn wir weniger sind. Uns ist es egal, was du sagst-hörst-denkst-tust, solange du stumm, taub, reglos bist.“ (Marcos, „Sie und Wir“) “ (Schuster, 2017, S. 21, 22)

Ziehen wir „Bilanz“ in Sachen Freihandel / Freihandelsabkommen.

Die Befürworter des globalen Freihandels versprechen der Menschheit mehr Arbeitsplätze, mehr Wirtschaftswachstum und insgesamt wachsenden, qualitativen, umweltverträglichen Wohlstand unter demokratiefördernden Bedingungen. Die Erfahrung hat dies nicht nachgewiesen und schlimmer noch, die Realität der hier stellvertretend genannten Freihandelsabkommen TTIP (zwischen EU und USA), CETA (zwischen EU und Kanada) zeichnet ein konträr anderes Bild. Statt findet tatsächlich eine fast religiös anmutende Marktgläubigkeit, welche sich als Marktfundamentalismus (extremistischer Kapitalismus) etabliert. Beim Zustandekommen der Freihandelsabkommen wird der demokratische Prozess ausgehebelt, damit die absolut dominieren sollende Wirtschaft über die demokratische Ordnung gestellt werden kann. Freihandelsabkommen sind Instrumente, um Deregulierung und den Abbau von Standards international voranzutreiben. Mittlerweile ist mit JEFTA (zwischen EU und Japan) ein weiteres Großprojekt des Freihandels zu verzeichnen. Durch JEFTA (in Kraft getreten am 1. Februar 2019) soll die größte Freihandelszone der Welt entstehen. Japan ist die viertgrößte Wirtschaftsmacht der Welt. Gemeinsam verfügen Europa und Japan über ca. ein Drittel der gesamten Weltwirtschaft. Aber: Selbst ökonomische Studien durch die EU-Kommission weisen nur ein äußerst bescheidenes Wirtschaftswachstum für die gesamte EU von 0,76 Prozent nach bis zu 20 Jahren aus!

Verdeutlichen wir uns stellvertretend zunächst am Beispiel JEFTA nochmals die immens negativen Wirkungsweisen der Freihandelsabkommen:

JEFTA folgt im Prinzip wie die Freihandelsabkommen TTIP und CETA knallhart eindeutig einer Agenda zugunsten der Konzerne. (Dass TTIP zur Zeit als „tot“ bezeichnet wird, sollte niemanden in Sicherheit wiegen. TTIP kann jederzeit zum Leben erweckt werden!) Viele Sonderrechte und keine Pflichten für Unternehmen. Absenkung sozialer und ökologischer Standards sind die Leitsätze! Auch JEFTA wurde sehr lange und weit überwiegend vorbei an der Öffentlichkeit verhandelt. Z.B. ist erst seit April 2018 der vollständige Text in deutscher Sprache verfügbar. Der Konzernlobbyismus hatte intensivste Gelegenheit zur Mitwirkung. Umweltschutz-, Verbraucherschutzorganisationen und Gewerkschaften - wenn überhaupt - bestenfalls nur marginal!

Die wichtigsten „Bausteine“ / „Stützpfiler“ von JEFTA zugunsten des Kapitalismus/des kapitalistischen Gesellschafts- und Wirtschaftsmodells (eines Modells im Zeichen der Ausbeutung und Unterdrückung) sind:

1.

Die Problematik Sondergerichtsbarkeit/Paralleljustiz für Konzerne, mit denen diese die Staaten auf 'entgangene Gewinne' verklagen können, wurden nicht Gegenstand dieses Freihandelsabkommens, damit es sich nicht um ein Gemischtes Freihandelsabkommen handelt, dem die EU-Mitgliedsstaaten zustimmen müssten. Mit diesem Schachzug muss JEFTA zur Abstimmung nur ins

Europaparlament. Gleichwohl wird diese Sonderschiedsgerichtsbarkeit nicht aufgegeben, sondern in einem weiteren Abkommen ausgehandelt werden. Damit werden weiter z.B. Erhöhungen des Mindestlohnes, verbesserte Umwelt- und Verbraucherschutzbestimmungen in den Mitgliedsstaaten der EU, welche bei den Unternehmen zu erhöhten Kosten und damit zur Reduzierung der Gewinne führen, Gegenstand von Konzernklagen gegen Staaten sein. Dies ist demokratiewidrig, weil Gemeinwohlinteressen so dem Profitinteresse der Konzerne geopfert werden.

2.

Klimawandel: Konkrete Maßnahmen oder Ziele, die über eine sehr vage Verpflichtung zur Zusammenarbeit zur Vermeidung des Klimawandels hinausgehen, fehlen in JEFTA. Im Vertragstext heißt es, dass JEFTA die Vertragsparteien nicht davon abhalten solle, multilaterale Umweltschutzabkommen umzusetzen. Jedoch nur, wenn dadurch der Handel nicht eingeschränkt oder der Vertragspartner nicht 'diskriminiert' würde. Im Klartext: Klimaschutz nur insoweit, als die Interessen des marktremistischen Kapitalismus nicht eingeschränkt werden!

3.

Vorsorgeprinzip: Das im europäischen Umwelt- und Verbraucherschutz recht geltende Vorsorgeprinzip soll sicherstellen, dass der Staat vorsorglich handelt, auch wenn in der Wissenschaft noch Uneinigkeit über eine mögliche Schadensherbeiführungsfähigkeit besteht. Ist der begründete Verdacht gegeben, dass ein Produkt Umwelt und Menschen wahrscheinlich schaden kann, wird es (zunächst) nicht zugelassen. Dieses entscheidend bedeutende Prinzip ist im JEFTA-Abkommen nur unzureichend im nicht sehr einflussreichen Nachhaltigkeitskapitel vorgesehen lediglich als „Vorsorgeansatz“, aber nicht als juristisch machtvolleres „Vorsorgeprinzip“. Nachhaltigkeitskapitel in Freihandelsabkommen der EU sind von einer Staat-zu-Staat-Klagemöglichkeit ausgeschlossen. Dies bedeutet, dass es bei Verstößen gegen Regelungen in Nachhaltigkeitskapiteln - etwa bei Nichtberücksichtigung des Vorsorgeprinzips - keine Bestrafungsmöglichkeiten gibt!

4.

Erhaltung der Biologischen Vielfalt: In JEFTA findet sich ein Hinweis auf den Schutz der Biologischen Vielfalt lediglich durch Nennung der Biodiversitätskonvention im Nachhaltigkeitskapitel. Die Bedenken hinsichtlich der Privatisierung der Rechte an gentechnischen Ressourcen sowie der Patentierbarkeit von Pflanzen- und Tierarten und in Bezug auf den Schutz der biologischen Vielfalt werden nicht berücksichtigt. Die Rechte von Unternehmen, welche Biotechnologiepatente besitzen werden jedoch weiter gestärkt!

5.

Illegaler Holzhandel: Japan gehört zu den absolut bedeutendsten Importnationen im Holzhandel. Die dortigen Unternehmen sind die Hauptabnehmer von illegalem Holz, einschließlich Holz, das aus einigen der wenigen erhaltenen Urwälder in Europa stammt. Japan führt zwar neue Rechtsvorschriften in Bezug auf illegales Abholzen ein. Illegal geschlagenes Holz wird aber weiter nicht verboten. Die EU hat über JEFTA keinen Druck auf Japan für ein Verbot des Importes illegal geschlagenen Holzes ausgeübt. In Ansehung von illegalem Abholzen in Brasilien, Malaysia, China, Indonesien sind sehr negative Umweltfolgen zu befürchten, die durch JEFTA aufrechterhalten oder noch verschlimmert werden könnten.

6.

Walfang: Trotz eines internationalen Verbots von 1986 betreibt Japan weiterhin Walfang in immensum Umfang (über 20.000 Wale bis 2014) unter dem Vorwand der Wissenschaft. Das EU-Parlament forderte jedenfalls eine ernsthafte Diskussion über die Abschaffung und zuletzt sogar die konkrete Beendigung des Walfangs in Japan. Die EU-Kommission wollte dies Japan in JEFTA aber nicht zumuten. Walfang wird in JEFTA nicht erwähnt!

7.

Nachhaltige Entwicklung / Arbeitsrechte: Auch JEFTA fehlt es wie CETA an konkreten durchsetzungsfähigen, strafbewehrten Verpflichtungen in Bezug auf Umwelt, nachhaltige Entwicklung,

Arbeitnehmerrechte. Arbeitnehmerrechte sind durch JEFTA gefährdet. Japan hat zwei der acht Kernarbeitsnormen der Internationalen Arbeitsorganisation (ILO) bisher nicht real umgesetzt. Und zwar das Verbot von Zwangsarbeit und das Verbot der Nichtdiskriminierung in Beschäftigung und Beruf. Und das, obwohl Japan eine hochindustrialisierte Nation ist!

Schließlich ist das Freihandelsabkommen EU-Mercosur zu betrachten. Auf Seiten des Mercosur sind Argentinien, Brasilien, Paraguay und Uruguay an diesem Freihandelsabkommen beteiligt. Das Abkommen wurde nach über 20 Jahren (!) im Juni 2019 ausverhandelt. Derzeit befindet es sich in der Phase der Übersetzung und der rechtlichen Überprüfung zwischen den Verhandlungspartnern. Pressemitteilung der NaturFreunde Deutschlands, Bundesvorstand, vom 10. März 2021 -

NaturFreunde fordern: EU-Mercosur-Abkommen stoppen! :

„Das neoliberale Freihandelsabkommen EU-Mercosur ist völlig inakzeptabel und wird den Export von industriell produzierten Landwirtschaftsprodukten weiter vorantreiben. Durch das Abkommen werden die Einhaltung der Pariser Klimaschutzziele torpediert und die Zerstörung des Amazonas-Regenwaldes weiter vorangetrieben. Die EU Staaten tragen mit ihrem hohen Anteil an agrarischen und mineralischen Rohstoffimporten unmittelbar zu dieser Zerstörung bei. Allein die Soja-Anbaufläche beträgt in den Mercosur-Staaten mehr als 13 Millionen Hektar. (...)

Das Abkommen unterstützt zudem die weitere Förderung des Exports von industriell und unter massiver Umweltzerstörung produzierten landwirtschaftlichen Produkten wie Soja und Rindfleisch. In dem Abkommen wird auch die menschenrechtsfeindliche und umweltzerstörende Politik der seinerzeitigen brasilianischen Bolsonaro-Regierung hingenommen und die Politik der Abholzung des Regenwaldes in keinerlei Weise eingeschränkt. 2) Die ehemalige Regierung Bolsonaro hat zur Beschleunigung der Vertreibung indigener Gemeinschaften beigetragen. Schon heute haben die Morde an Umweltschützer*innen und indigenen Anführer*innen im Amazonasgebiet einen traurigen Höchststand erreicht. 3)

(Hinweis: Der neugewählte brasilianische Präsident Lula da Silva will den Kampf gegen den Klimawandel und den Schutz des Amazonasgebiets in seiner künftigen Regierungsarbeit in den Vordergrund stellen. Lula da Silva: „Es gibt keine Klimasicherheit in der Welt ohne ein geschütztes Amazonasgebiet.“ Er kündigte an, die Abholzung in allen brasilianischen Ökosystemen zu bekämpfen, die unter dem abgewählten Präsidenten Jair Bolsonaro geschwächten Umwelt- und Kontrollorgane wieder aufzubauen und Umweltverbrechen zu bestrafen. Lula da Silva wiederholte auch sein Vorhaben, ein Indigenen-Ministerium zu gründen. An den Agrarsektor richtete er sich, indem er diesen einen „Verbündeten bei der Erhaltung der Umwelt“ nannte. Es sei notwendig, den Schutz der Wälder mit der Entwicklung in Einklang zu bringen.

(Quelle: 16.11.2022 <https://www.handelsblatt.com/politik/international/brasilien-lula-will-brasilien-zum-vorreiter-im-kampf-gegen-klima...>)

Das Handelsabkommen unterstützt insbesondere die Exporte der großen EU-Konzerne in der Automobilwirtschaft, dem Elektro- und Maschinenbau sowie der Chemie- und Pharmaindustrie. Sie werden noch einfacher ihre Produkte in die Region exportieren können. In den Jahren 2015 bis 2019 haben die großen Chemieunternehmen der EU-Mitgliedstaaten jährlich mehr als 56.000 Tonnen Pestizide mit einem Wert von über 900 Millionen Euro in den Mercosur exportiert. In dem Handelsabkommen ist zum Beispiel vorgesehen, mehr als 90 Prozent der Chemieexporte aus der EU von Zöllen zu befreien. Im Gegenzug sollen dafür die Zölle auf Mercosur-Agrarprodukte wie Rindfleisch, Zucker, Bioethanol und Hühnerfleisch gesenkt werden. Durch die weitere Exportorientierung der Landwirtschaft wird sich der Pestizideinsatz in der Region weiter erhöhen und Urwälder werden noch schneller zerstört werden.“ Es ist offenkundig: „Der Anbau von landwirtschaftlichen Produkten in riesigen Monokulturen zerstört die Artenvielfalt (...) und trägt zur groß-

flächigen Vergiftung des Grundwassers und der Menschen durch den hohen Einsatz von Pestiziden bei.“ (Pressemitteilung der NaturFreunde Deutschlands, Bundesvorstand, vom 10. März 2021)

Der kapitalistische Wahnsinn via Freihandelsabkommen wird überdeutlich an zwei Ziel-Komponenten der Abkommen JEFTA und EU-Mercosur: Deutschland exportiert Schweinefleisch aus absolut obszöner und umweltschutzwidriger industrieller Massentierhaltung nach Japan und Deutschland importiert Rindfleisch aus maßloser Rinderzucht auf schrankenlos gerodeten Flächen des Regenwaldes in Brasilien! Ist die Steigerung des Perversen grenzenlos? Wer will da noch ohne Scham und Zorn von 'Bewahrung der Schöpfung' sprechen?

b) - ...für einen fairen Handel weltweit -

Fairer Handel im Gegensatz zu den **radikal kapitalistischen Instrumenten:**
Freihandel / sog. Wirtschaftspartnerschaftsabkommen / Landgrabbing

Es bedarf keiner Frage - auch **Fairer Handel** kann im Kapitalismus, wegen des Wesens des Kapitalismus, nicht absolut fair sein. Im System Kapitalismus kann es nur einen Handel geben, der einem Fairen Handel mehr oder weniger nahe kommt. Trotzdem und selbstverständlich muss der **Faire Handel** eingefordert und gefördert werden, während **Freihandel** abzulehnen ist.

Um es nochmals sehr deutlich hervorzuheben:

Die Befürworter des weltweiten Freihandels versprechen der Menschheit mehr Arbeitsplätze, mehr Wirtschaftswachstum und insgesamt wachsenden, qualitativen, umweltverträglichen Wohlstand unter **demokratischen** Bedingungen. Die Erfahrung hat dies nicht nachgewiesen und schlimmer noch, die Realität der hier stellvertretend genannten Freihandelsabkommen TTIP (zwischen EU und USA), CETA (zwischen EU und Kanada), JEFTA (zwischen EU und Japan) MERCOSUR (zwischen Europa und Brasilien, Argentinien, Uruguay, Paraguay) zeichnet ein konträr anderes Bild. TTIP ist inhaltlich nicht tot. Es wird periodisch versucht dieses wiederzubeleben! Derzeit (15.12.2022) bereitet die Bundesregierung einen neuen Anlauf für einen Vertrag mit den USA vor, um das gescheiterte TTIP zu ersetzen. Dahinter stecken weder Klimaschutzüberlegungen noch der Wunsch nach mehr „Fairness“ in der Handelspolitik. Die Bundesregierung kettet sich und ihre Nachfolger an das gemeinschaftliche Diktat des westlichen Kapitals.

Statt findet tatsächlich eine fast religiös anmutende Gläubigkeit an den kapitalistischen Markt. Dieser Marktfundamentalismus als extremistischer Kapitalismus setzt die Freihandelsabkommen als Instrumente der Deregulierung, des Abbaus von Umweltschutz-, Verbraucherschutzstandards, von Arbeitnehmerschutzrechten, von öffentlich-rechtlicher Daseinsvorsorge und Gemeinwohlstandards ein.

Die wesentlichen Stichworte heißen in diesem Zusammenhang:

- Schiedsgerichte als Paralleljustiz mit Sonderklagerechten für Konzerne/Investoren z.B. auf „entgangenen Gewinn“ wegen von Staaten erlassenen **verbesserten** Umweltschutz-, Arbeitnehmerschutz-, Verbraucherschutzgesetzen.
Das Kapital klagt. Die Betroffenen haben zu dulden und zu leiden!
- Negativlisten (nur die Ausnahmesachverhalte, die **nicht** liberalisiert werden sollen, werden hier aufgeführt). Alles andere darf **privatisiert/ liberalisiert** werden!

- Im Umweltschutz muss das europäische Vorsorgeprinzip (Vorsichtsprinzip) vollumfänglich gelten und keinesfalls das Prinzip des 'risikobasierten Ansatzes' (wie jedenfalls in den USA), wonach ein Stoff so lange verwendet werden darf, bis eine von ihm ausgehende beträchtliche Gefahr „wissenschaftsbasiert“ zweifelsfrei nachgewiesen ist. Wenn das 'Kind in den Brunnen gefallen ist' - ist es zu spät!

Beim Zustandekommen der Freihandelsabkommen wurde und wird der demokratische Prozess jedenfalls ausgehebelt durch:

- jahrelange gewollte Geheimverhandlungen,
- Konzernlobbyismus z.B. per sog. Regulatorischer Kooperation. Diese sieht einen gemeinsamen Regulierungsrat vor, in dem Standards und Normen gegenseitig anerkannt oder einander angepasst werden, um nichttarifäre Handelshemmnisse zu beseitigen, was regelmäßig im Ergebnis die Absenkung von Umweltschutz-, Verbraucherschutz-, und Arbeitsrechtsstandards zur Folge hat. Gegenseitige Anerkennung von Standards führt zu einem Unterbietungswettlauf. Dieser Rat kommentiert und beeinflusst - dirigiert durch an Gewinnmaximierung orientiertem Konzernlobbyismus - die künftige Gesetzgebung, bevor (!) das Europäische Parlament oder das entsprechende Verfassungsorgan des Freihandelspartners diese Gesetzgebung überhaupt gestalten können.

Zusätzlich wird ein Gemeinsamer Ausschuss gebildet. Dieser hat u.a. das Recht, den Vertragsparteien Ergänzungen nach (!) dem Inkrafttreten des Abkommens vorzuschlagen, sowie in bestimmten Regelungsmaterien durch Änderungen, Ergänzungen und Neuinterpretationen von Vertragsbestandteilen anstelle (!) der Vertragsparteien entscheiden zu dürfen. Dies alles entbehrt einer ausreichenden demokratischen Rückbindung wegen mangelhafter Parlamentsbeteiligung und ist daher abzulehnen.

- Stillstands- und Sperrklinkenklauseln: Einmal privatisierte Betriebe können nicht in die öffentliche Hand zurückgeführt werden! Gefährdung der öffentlichen Wasserversorgung!
Z.B. in JEFTA ist nicht festgehalten, das Wasser keine Ware ist!

Und - was oft vergessen wird - diese Freihandelsabkommen zwischen den wirtschaftlich hoch entwickelten/hochindustrialisierten Freihandelspartnern EU - Kanada / Japan / USA / ((sehr bedingt MERCOSUR) setzen mit markttextremistischem Kapitalismus (Neoliberalismus) auch die Staaten unter Druck, welche formell an diesen Handelsabkommen überhaupt nicht teilnehmen - wie z.B. Malaysia und Indonesien (dort findet illegales, global umweltschädliches Abholzen von Wäldern statt!). Länder der Dritten Welt haben beim Handel mit den Spitzenwirtschaftsmächten EU / Japan / Kanada / USA ohnehin die weit schwächere Verhandlungsposition und damit nur ungenügende Möglichkeiten zu wirtschaftlichem Aufschwung und Wohlstand.

Insbesondere die sog. Wirtschaftspartnerschaftsabkommen der EU mit Afrika sind weiterhin derart ausgestaltet, dass sie eine wirtschaftliche Gesundung des Schwarzen Kontinents verhindern - allen EU Sonntagsreden zum Trotz!

Die neueste Entwicklung - Energiecharta-Verträge

Der Energiekonzern RWE führt eine Schadensersatzklage gegen den niederländischen Kohleausstieg. Eine weitere Klage ist auf dem Weg. Uniper, ebenfalls Energiekonzern, will Klage vor dem Internationalen Zentrum zur Beilegung von Investitionsstreitigkeiten (ICSID) in Washington

einreichen. Beide Konzerne berufen sich auf den Energiecharta-Vertrag. Dieser ermöglicht Energiekonzernen, Staaten wegen demokratisch gefasster Entscheidungen vor privaten Schiedsgerichten auf horrenden Summen Schadensersatz zu verklagen: zum Beispiel, wenn sie aus Kohle- oder Atomkraft aussteigen wollen. Solche Verträge sind, abgesehen davon, dass sie absolut neo-liberale Zwangswerkzeuge darstellen - Klimakiller-Verträge/tragen massiv zum Klimawandel bei!

Seit dem 01.12.2022 gibt es eine vordergründig gute Nachricht. Deutschland und weitere Mitgliedsländer der Europäischen Union haben ihren Ausstieg aus dem Energiecharta-Vertrag erklärt. Die Bundesregierung sieht nunmehr in Energiecharta-Verträgen „ein Hindernis für die Energiewende“. Doch auf das „Kleingedruckte“ kommt es an. Die Ausstiegsfrist aus der Energiecharta beträgt 20 Jahre. Für den Zeitraum, der für die Einhaltung der Klimaschutzziele entscheidend ist, werden die Klagemöglichkeiten der Konzerne also Dank des nunmehrigen deutschen CETA-Einstiegs (01.12.2022) deutlich ausgeweitet, während die alten Schiedsgerichte erhalten bleiben. Der verkündete Austritt aus der Energiecharta ist daher sehr deutlich mehr eine „Beruhigungspille“ als eine wirksame Energie- und Klimaaznei.

Dazu muss erkannt werden: Der Deutsche Bundestag hat am 01.12.2022 dem Freihandelsabkommen CETA zwischen der EU und Kanada zugestimmt. Der Grund für die Zustimmung lag entscheidend darin begründet, dass man es angeblich geschafft habe „missbrauchsanfällige“ Standards beim sogenannten 'Investitionsschutz für Konzerne' zu reformieren. Missbräuchliche Klagen von Konzernen gegen Klimaschutz und Nachhaltigkeit würden damit vermieden. Auf den Weg gebracht wurde eine „Interpretationserklärung“ eines gemeinsamen CETA-Ausschusses. Am CETA-Vertragswerk selbst wurde nichts geändert! Die Parlamentarier, welche dem Freihandelsabkommen aufgrund der „Interpretationserklärung“ nunmehr zugestimmt haben, reden sich das Freihandelsabkommen schön. Denn trotz dieser „Interpretationserklärung“ gibt es weiterhin Sonderrechte für internationale Konzerne, die demokratisch völlig unzureichend legitimiert sind und weiterhin eine existenzielle Gefahr für einen wirkungsvollen Klima-/Umweltschutz darstellen. Auch die gravierenden Nachteile für Arbeitnehmerinnen und Arbeitnehmer, z. B. durch massive Ausbeutung, und für die Verbraucherinnen und Verbraucher (durch nicht ausreichende Qualitätsstandards) sind natürlich nicht beseitigt. Die völlige rechtliche Unzulänglichkeit der „Interpretationserklärung“ wird in zwei Rechtsgutachten nachgewiesen:

Verheyen und Franke, 2022 (im Auftrag des Umweltinstitut München e.V.) und Arcuri und Violi, 2022 (Zusammenfassung erstellt von PowerShift).

Landgrabbing

Insbesondere Agrarkonzerne sichern sich zunehmend wichtige Wasser- und Landrechte. Oftmals bieten korrupte Regierungen Flächen feil, welche als unverkauft und ungenutzt gelten. Doch in den wenigsten Fällen liegt das Land tatsächlich brach; meist wird es von mittellosen Familien zum Anbau von Nahrungsmitteln verwendet. Den Kleinbauern fehlt dann der Zugang zu Land und Wasser, um sich und ihre Familien zu versorgen. Ihr Grundrecht auf Nahrung wird verletzt. Insbesondere der Afrikanische Kontinent ist sehr wesentlich betroffen. Natürlich sind auch dies Fluchtursachen!

Auch außerlandwirtschaftliche Investoren kaufen immer häufiger Ackerland auf und treiben damit die Kauf- und Pachtpreise für landwirtschaftliche Flächen in die Höhe. Äcker werden zum Spekulationsobjekt.

Landgrabbing ist auch innerhalb der EU längst in vollem Gange. Hier ist Landgrabbing besonders auf die osteuropäischen EU-Mitgliedsstaaten konzentriert. Die EU hat strukturelle Veränderungen in Europa durchgesetzt, die zu einer Landkonzentration in wenigen Händen führen, nach dem Vorbild von Ländern wie Frankreich, Deutschland oder den Niederlanden. Die EU-Kommission bzw. die EU-Behörden schützen sehr akkurat den „freien Verkehr von Waren,

Personen, Dienstleistungen und Kapital“. Dieser „freie Verkehr“ soll von keinerlei lokaler Kontrolle und Protektionismus gestört werden.

Bei den Landerwerbenden darf es keine Anforderungen zu Wohnsitz und Ortsansässigkeit der Erwerber, ihren landwirtschaftlichen Qualifikationen und keine Diskriminierung juristischer gegenüber natürlichen Personen geben! Gerade der Wechsel der Eigentümerstruktur, von natürlichen Personen, namentlich Bauern und deren Familien, zu juristischen Personen wie GmbH's, Aktiengesellschaften, internationalen Holdings - ist die fundamentale Veränderung der politischen Ökonomie der Landwirtschaft in Europa. Diese Landwirtschaft wird jetzt kontrolliert von Verwaltern und Aktionären. Das Interesse der Anteilseigner gibt den Ausschlag darüber wie das Land bewirtschaftet wird. Dieses Interesse heißt weitestgehend: Profit, Profit, Profit! Die neoliberale Autonomie ist eine Autonomie der sozial mächtigen Klassen der Gesellschaft. Diese sozial mächtigen Klassen sind jedoch gemessen an der Gesamtbevölkerung in Deutschland, der EU und global unzweifelhaft die Minderheit. Sie bilden also eine kleine Gruppe, die politisch herrscht. Das ist jedoch **O l i g a r c h i e** - nicht Demokratie! Mindestens wird die Demokratie dadurch massiv entwertet.

C) Multinationale Unternehmen zwingen Lateinamerika ihr Recht auf

„Schiedsgerichte entscheiden in 62 Prozent der Streitfälle für die Konzerne. Mit dem Geld, um das es dabei geht, könnte die extreme Armut in 16 Ländern der Region behoben werden.

In den letzten 30 Jahren hat der Druck ausländischer Investoren auf die lateinamerikanischen Staaten von Tag zu Tag zugenommen, und die Zahl der Klagen wegen „Vertragsverletzung“ seitens dieser Staaten hat sich vervielfacht. Von sechs bekannten Fällen im Jahr 1996 ist die Zahl bis heute auf 1.190 angestiegen.

In diesem Zeitraum wurden die Staaten zur Zahlung von 33,638 Milliarden Dollar verurteilt, die somit aus den öffentlichen Kassen verschwunden sind. Nach Angaben des Transnational Institute (TNI) mit Sitz in Amsterdam, Niederlande, ist dies ein Drittel mehr als die Verluste, die zwischen 1970 und 2021 durch die Auswirkungen von Klimakatastrophen auf dem Kontinent entstanden sind.

Laut dem jüngsten Bericht von Bettina Müller und Luciana Chiotto vom TNI-Forschungsteam, der in der letzten Augustwoche veröffentlicht wurde und aktualisierte Daten bis 31. Dezember 2021 enthält, sind Argentinien, Venezuela, Mexiko, Peru und Ecuador mit 211 durch multinationale Unternehmen eingebrachten Klagen die Länder, die in den letzten drei Jahrzehnten am stärksten unter juristischem Druck gelitten haben. (...)

Bilaterale Investitionsabkommen (BIT) sind die Instrumente, mit denen diese Ansprüche geltend gemacht werden können. Dabei handelt es sich um Abkommen zwischen zwei Ländern, die darauf abzielen, die Rechtssicherheit von Investoren zu schützen.

Wie die spanische Organisation Ecologistas en Acción erklärt, enthalten sie in der Regel eine Reihe von Standardbestimmungen, die für transnationale Unternehmen stets vorteilhaft sind und zum Beispiel die direkte oder indirekte Enteignung von Unternehmen verhindern. Sie enthalten nur selten Hinweise auf die Menschenrechte.

Die schädlichste Bestimmung ist zweifellos jene über die Beilegung von Investor-Staat-Streitigkeiten (Investor-state dispute settlement, ISDS). Wenn ein Unternehmen der Ansicht ist, dass ein Staat die eine oder andere Klausel eines Abkommens nicht eingehalten hat, kann es sich der Justiz dieses Landes entziehen und internationale Gerichte anrufen.

Das Internationale Zentrum zur Beilegung von Investitionsstreitigkeiten (International Centre for Settlement of Investment Disputes, ICSID), das am häufigsten in Anspruch genommen wird, der Internationale Schiedsgerichtshof der Internationalen Handelskammer oder die Kommission der Vereinten Nationen für internationales Handelsrecht sind die Einrichtungen, an die sich große

Unternehmen häufig wenden. Diese können den betroffenen Anlegern eine Entschädigung zuerkennen, die in den meisten Fällen auch entgangene Gewinne umfasst, das heißt die Gewinne, die dem Anleger nach seiner Berechnung durch die Maßnahmen des beklagten Landes entgangen sind und die der Kläger als Verletzung seiner Interessen ansieht.

Diese Abkommen, die von der spanischen Umweltorganisation als „ein grundlegendes Instrument der liberalen Globalisierung“ bezeichnet werden, profitieren von drei Elementen, die ihr Wesen ausmachen:

- Die äußerst vage Formulierung der meisten dieser Rechtsinstrumente, die es ermöglicht, einen Staat aus fast jedem Grund zu verfolgen.
- Die undurchsichtigen und intransparenten Methoden, mit denen Fälle gelöst werden, die letztlich von internationalen Schiedsrichtern entschieden werden.
- Und schließlich, wie Ecologistas en Acción hervorhebt, „die Einseitigkeit und Ausschließlichkeit von ISDS, da Investoren Staaten anprangern können, aber die umgekehrte Situation nicht akzeptieren, das heißt, wenn es um Investoren geht, die gegen irgendeinen Teil des Abkommens verstoßen (oder wenn sie Menschenrechte verletzen)“ .

Auf der Website ISDS Impacts, die die Studie von TNI aufgreift, wird erklärt, dass „das System der Investor-Staat-Streitbeilegung in tausenden von internationalen Verträgen enthalten ist“. Es ist der Mechanismus, der es ausländischen Investoren ermöglicht, Regierungen vor internationalen Gerichten zu verklagen, wenn sie der Meinung sind, dass Änderungen in der Regierungspolitik - selbst solche, die dem Schutz der Umwelt oder der Gesundheit dienen - ihre Gewinne beeinträchtigen. (...)

Dem TNI-Bericht zufolge machen die 327 Klagen gegen lateinamerikanische und karibische Staaten in den letzten 30 Jahren ein viertel aller Fälle aus, die von multinationalen Unternehmen weltweit angestrengt wurden.

In der Region wurde die überwiegende Mehrheit (86,8 Prozent der Fälle) von US-amerikanischen, kanadischen und europäischen Anlegern eingereicht. Unter den Europäern vor allem aus Spanien, den Niederlanden, Großbritannien und Frankreich.

Drei von vier Fällen wurden vor das ICSID gebracht, eine der fünf Organisationen der Weltbankgruppe. Die Ergebnisse sprechen für sich: In 62 Prozent der entschiedenen Fälle haben die Unternehmen gegen die Staaten gewonnen, indem sie entweder einen günstigen Schiedsspruch erhielten oder von einer Vergleichsvereinbarung profitierten.

23 der 42 Länder Lateinamerikas und der Karibik haben bereits Erfahrungen mit dem strengen internationalen Schiedsgerichtssystem gemacht. Besonders heftig werden Argentinien (62 Klagen), Venezuela (55), Mexiko (38), Peru (31) und Ecuador (25) angegriffen.

Dieser Mechanismus zur Verfolgung der Staaten Lateinamerikas hat sich insbesondere zwischen 2011 und 2021 intensiviert. In diesem Zeitraum stieg die Zahl der Klagen von 91 auf 180 und verdoppelte damit die Gesamtzahl der Verfahren. Die meisten dieser Klagen wurden von multinationalen Unternehmen eingereicht, die in den Bereichen Bergbau, Öl- und Gasförderung tätig sind. Aber auch Unternehmen, die von Gas und Elektrizität sowie dem verarbeitenden Gewerbe profitieren, spielen dabei eine bedeutende Rolle.

Argentinien, das 87 Prozent der gegen das Land gerichteten Klagen verloren hat, hat damit auf dem Kontinent die meisten Niederlagen vor solchen Gerichten erlitten. Und es hält den Rekord für den Betrag, der in einem einzigen Fall gezahlt worden ist: fünf Milliarden Dollar, die im Rahmen einer Vergleichsvereinbarung an das spanische Unternehmen Repsol überwiesen wurden. Die verlorenen Gerichtsverfahren kosteten das südamerikanische Land 9,222 Milliarden Dollar, die es an die Investoren zahlen musste.

In 64 Prozent der gegen Venezuela - das von den internationalen Gerichten am zweithäufigsten mit Sanktionen belegte Land des Kontinents - erhobenen Klagen war die Entscheidung negativ. Zugleich hat das Land den teuersten Schiedsspruch des Kontinents zu seinen Gunsten erhalten. Im Jahr 2019 verurteilte das ICSID-Tribunal den transnationalen Konzern Conoco Phillips zur Zahlung von 8,366 Milliarden Dollar. (...)

Die von den Unternehmen seit 1996 geforderten Beträge belaufen sich laut dem ausführlichen TNI-Bericht auf 240,733 Milliarden Dollar. Bei 68 der 327 Klagen sind die geforderten Beträge jedoch nicht bekannt, so dass diese Zahl deutlich höher ist. Die Gerichte haben die lateinamerikanischen Staaten bisher zur Zahlung von 33,638 Milliarden Dollar verurteilt. (...)

In Bezug auf die anhängigen Klagen (es ist nur bekannt, was die Unternehmen in 44 der 96 offenen Fälle an Ansprüchen geltend machen) könnte dies für Lateinamerika und die Karibik zusätzliche Verluste in Höhe von 49,626 Milliarden Dollar bedeuten. Dies ist die unverblühte und dramatische Realität eines ungleichen Kampfes. (...)“ (Quelle: NachDenkSeiten Die kritische Website - 12. März 2023 / 1 - von Sergio Ferrari / <https://www.nachdenkseiten.de/?p=94898>)

Was permanent in den Blick zu nehmen war und ist:

Hunger

Der Soziologe Jean Ziegler schreibt (Ändere die Welt!, 2015):

„Wie steht es mit dem Kampf gegen den Hunger? Er lässt nach. Im Jahr 2001 starb alle sieben Sekunden ein Kind unter zehn Jahren an Hunger. Im selben Jahr wurden 826 Millionen Menschen durch die Folgen von schwerer, chronischer Unterernährung zu Invaliden. Heute sind es 841 Millionen (Bericht 2013).“ Die Welthungerhilfe erklärt im Oktober 2021: „Die Welt ist bei der Hungerbekämpfung vom Kurs abgekommen und entfernt sich immer weiter vom verbindlichen Ziel, den Hunger bis 2030 zu besiegen. Bereits die letzten UN-Berichte haben deutlich gewarnt, da die Zahl der Hungernden und Armen seit einigen Jahren wieder ansteigt. Weltweit hungern etwa 811 Millionen Menschen und 41 Millionen leben am Rande einer Hungersnot. Besonders dramatisch ist die Lage in Somalia, Jemen, Afghanistan, Madagaskar und dem Südsudan. Der neue Welthunger-Index untersucht die Ernährungslage in 128 Ländern und bestätigt die deutlichen Rückschritte bei der Hungerbekämpfung. 47 Länder werden bis 2030 noch nicht einmal ein niedriges Hungerniveau erreichen, 28 davon liegen in Afrika südlich der Sahara.

„Unsere Befürchtungen im letzten Jahr haben sich leider bestätigt. Hungersnöte sind zurück und multiple Krisen lassen die Zahl der Hungernden immer weiter steigen. Die Corona-Pandemie hat die angespannte Ernährungslage in vielen Ländern des Südens noch einmal verschärft und Millionen Familien haben ihre Existenzgrundlage verloren. Die größten Hungertreiber bleiben aber Konflikte und der Klimawandel. Die Ärmsten und Schwächsten werden von den Folgen des Klimawandels besonders hart getroffen, obwohl sie am wenigsten dazu beitragen. Die Klimakrise ist eine Frage der Gerechtigkeit. Daher brauchen wir auf der anstehenden Klimakonferenz im November in Glasgow klare und verbindliche Ziele für die Reduzierung des CO₂ Ausstoß sowie finanzielle Unterstützung für die Förderung von Klimaresilienz“, fordert Marlehn Thieme, Präsidentin der Welthungerhilfe.

Mehr als die Hälfte aller unterernährten Menschen lebt in Ländern, die von Gewalt, Konflikt und Fragilität geprägt sind. Wo Krieg herrscht, werden Ernten, Felder und wichtige Infrastruktur zerstört. Die Menschen verlassen ihre Dörfer aus Angst vor Kämpfen und Übergriffen und sind auf humanitäre Hilfe zum Überleben angewiesen. Wo Hunger und Armut herrschen, nehmen aber auch Konflikte zu. Wir brauchen tragfähige politische Konfliktlösungen und eine Stärkung des Rechts auf Nahrung.“ (Quelle: Welthungerhilfe, Pressemitteilung vom 14. Oktober 2021, Bonn/Berlin - Welthungerhilfe stellt Welthunger-Index 2021 vor -)

Laut Pressemitteilung der Welthungerhilfe vom 12. Juli 2022 sind bis zu 828 Millionen Menschen nach aktuellen UN-Berichten chronisch unterernährt.

Bei aller Wertschätzung für die Arbeit der Welthungerhilfe - die Feststellung: „Hungersnöte sind zurück“ - wirkt beschönigend. Fakt ist, im Weltmaßstab gesehen waren die Hungersnöte jedenfalls seit dem Beginn der neoliberalen Revolution - gemeint ist die Periode ab dem '11. September 1973' - nie weg.

Überwindung des kapitalistischen Wirtschaftssystems

Die Notwendigkeit/Erforderlichkeit der Überwindung des kapitalistischen Wirtschaftssystems als Zielerreichung ist schon deshalb gegeben, weil unstreitig ist, „dass ein ethischer und sozial gerechter Kapitalismus ohne Ausbeutung und zum Wohle aller ein Ding der Unmöglichkeit ist. Er würde dem widersprechen, was das eigentliche Wesen des Kapitals ausmacht.“ (David Harvey, Das Rätsel des Kapitals entschlüsseln, VSA-Verlag, Hamburg, 2014) Für einen ökologischen („grünen“) Kapitalismus kann nichts anderes gelten, denn auch ein solcher ist Kapitalismus.

Zwei weise Menschen reden uns ins Gewissen:

Papst Franziskus

„Es gibt noch andere schwache und schutzlose Wesen, die wirtschaftlichen Interessen oder einer wahllosen Ausnutzung auf Gedeih und Verderb ausgeliefert sind. Ich beziehe mich auf die Gesamtheit der Schöpfung. Wir sind als Menschen nicht bloß Nutznießer, sondern Hüter der anderen Geschöpfe. Durch unsere Leiblichkeit hat Gott uns so eng mit der Welt, die uns umgibt, verbunden, dass die Desertifikation des Bodens so etwas wie eine Krankheit für jeden Einzelnen ist, und wir können das Aussterben einer Art beklagen, als wäre es eine Verstümmelung. Lassen wir nicht zu, dass an unserem Weg Zeichen der Zerstörung und des Todes zurückbleiben, die unserem Leben und dem der kommenden Generationen schaden. (...) Gott wollte diese Erde für uns, seine besonderen Geschöpfe, aber nicht, damit wir sie zerstören und in eine Wüstenlandschaft verwandeln könnten (...).“ Papst Franziskus (Evangelii gaudium Die Freude des Evangeliums 215, Verlag Herder, 2013)

Stéphane Hessel

„Das im Westen herrschende materialistische Maximierungsdenken hat die Welt in eine Krise gestürzt, aus der wir uns befreien müssen. Wir müssen radikal mit dem Rausch des „Immer noch mehr“ brechen, in dem die Finanzwelt, aber auch Wissenschaft und Technik die Flucht nach vorne angetreten haben. Es ist höchste Zeit, dass Ethik, Gerechtigkeit, nachhaltiges Gleichgewicht unsere Anliegen werden. Denn es drohen uns schwerste Gefahren, die dem Abenteuer Mensch auf einem für uns unbewohnbar werdenden Planeten ein Ende setzen könnten.“ Stéphane Hessel (Empört Euch!, Ullstein, 2. Auflage 2011, S. 19, 20)

Zum Schluss

Lassen wir die klare Position des Papstes auf uns einwirken. Auf seiner Lateinamerikareise hat er im Juli 2015 vor Vertretern der Volksbewegungen gesagt: „Dem Ökosystem werden Schäden zugefügt, die vielleicht irreversibel sind. Die Erde, die Völker und die einzelnen Menschen werden auf fast barbarische Weise gezüchtigt. Und hinter so viel Schmerz, so viel Tod und Zerstörung riecht man den Gestank dessen, was Basilius von Cäsarea den 'Mist des Teufels' nannte. Das hemmungslose Streben nach Geld, das regiert. Der Dienst am Gemeinwohl wird außer Acht gelassen. Wenn das Kapital sich in einen Götzen verwandelt und die Optionen der Menschen bestimmt, wenn die Geldgier das ganze sozioökonomische System bevormundet, zerrüttet es die Gesellschaft, verwirft es den Menschen, macht ihn zum Sklaven, zerstört die Brüderlichkeit unter den Menschen, bringt Völker gegeneinander auf und gefährdet - wie wir sehen - dieses unser gemeinsames Haus. Ich

möchte mich nicht damit aufhalten, die üblen Auswirkungen dieser subtilen Diktatur zu beschreiben - ihr kennt sie. ... Wir sagen Nein zu einer Wirtschaft der Ausschließung und der sozialen Ungerechtigkeit, wo das Geld regiert anstatt zu dienen. Diese Wirtschaft tötet. Diese Wirtschaft schließt aus. Diese Wirtschaft zerstört die Mutter Erde. ...

Es existiert ein System, das trotz der unverantwortlichen Beschleunigung der Produktionsrhythmen, trotz der Einführung von Methoden in Industrie und Landwirtschaft, welche um der „Produktivität“ willen die Mutter Erde schädigen, weiterhin Milliarden unserer Brüder und Schwestern die elementarsten wirtschaftlichen, sozialen und kulturellen Rechte verweigert. Dieses System verstößt gegen den Plan Jesu.“ (micha.links, Heft 2/2015, S. 2)

Anmerkungen / Fußnoten

1)

Die zapatistische Bewegung hat in einem geografisch, sozial und politisch widrigen Umfeld eine handlungsfähige demokratische Alternative etabliert, die auf einer festen Werteordnung basiert. Ihre Konsequenz, Kreativität und nicht zuletzt der von den Zapatist*innen verfolgte Ansatz hat sie bis heute zu einem Vorbild für nationale und internationale emanzipatorische Bewegungen gemacht. Sie wurde durch ihre Politik des Zuhörens und Teil-haben-Lassens zu einer anbindungsfähigen politischen Alternative. Unter der Schirmherrschaft der Zapatist*innen trafen wiederholt Tausende Vertreter*innen der nationalen und internationalen Zivilgesellschaft zusammen. Zuletzt organisierten alle zapatistischen Zonen die >Kleine Zapatistische Schule< und später ein kapitalismuskritisches Forum. Die EZLN wurde nicht zu einer Avantgarde. Sie lehnte eine solche Stellung ab gegen ihre Grundsätze verstoßende Kategorisierung von Deutungseinfluss ab. Ihre Inhalte sollten von der *Base de Apoyo Zapatista* und der Zivilgesellschaft vorgegeben werden. (...) Der große Unterschied zu vielen anderen sozialen Bewegungen sticht deutlich hervor: Die Zapatist*innen nutzen ihren Einfluss nicht dafür, konkrete Inhalte zu platzieren. Vielmehr stellen sie den Rahmen zur Verfügung, innerhalb dessen sich die politische Gemeinschaft ausbildet. Sie sehen ihre Aufgabe darin, die „Gesellschaft zu organisieren“, damit diese selbstbestimmt Entscheidungen „in einem freien und demokratischen Raum“ treffen kann.“ (Schuster, 2017, S. 205)

(Erläuterung zu *Base de Apoyo Zapatista*:

„Wir, die *Base de Apoyo Zapatista*, sind die Töchter und Söhne indigener Völker, der wahren Vorfahren der mexikanischen Nation. (...)“

„In Erkenntnis dessen, dass wir als indigene Völker seit über 500 Jahren gegen systematische Diskriminierung, Marginalisierung, Unterdrückung und Ausgrenzung kämpfen, die das Ziel einer Politik des Kolonialismus, Liberalismus und des >Kapitalismus der neoliberalen Globalisation< waren; und dass dies eine Politik war, die uns und unsere Indigenität weder respektierte noch anerkannte und uns deshalb mangels gerechter politischer Teilhabe zu >Excluidos< machte, sind wir der Überzeugung, dass die indigenen Völker Mexikos unter einer rechtlichen Ordnung litten, deren „Ideal (...) in der Vergangenheit die Homogenisierung und Assimilierung der Kultur“ war.“ (Schuster, 2017, S. 42, 43)

2)

„Rufen wir uns zumindest eine der Stimmen, die wir gehört haben, in Erinnerung: „Holzhändler, Viehzüchter und weitere andere beschädigen uns. Wir werden von wirtschaftlichen Akteuren bedroht, die ein in unseren Territorien fremdes Wirtschaftsmodell durchsetzen. Die Holzindustrie dringt in das Gebiet ein, um den Wald auszubeuten, wir schützen den Wald für unsere Kinder, hier haben wir Fleisch, Fisch, pflanzliche Heilmittel, Obstbäume (...) Der Bau von Wasserkraftwerken und das Projekt von Wasserstraßen haben Auswirkungen auf den Fluss und das Land (...) Wir sind

eine Region geraubter Gebiete.“ (Papst Franziskus, QUERIDA AMAZONIA 11 / 2020)

„ (...) „ ... Die Erde blutet und ist am Ausbluten, die multinationalen Konzerne haben die Adern unserer Mutter Erde aufgeschnitten.“ “ (Papst Franziskus, QUERIDA AMAZONIA 42)

„Es genügt nicht, sich um die Arten zu kümmern, welche am sichtbarsten vom Aussterben bedroht sind. Es ist entscheidend zu beachten: „Für das gute Funktionieren des Ökosystems sind auch die Pilze, die Algen, die Würmer, die Insekten, die Reptilien und die unzählige Vielfalt von Mikroorganismen notwendig. Einige zahlenmäßig geringe Arten, die gewöhnlich unbemerkt bleiben, spielen eine grundlegend entscheidende Rolle, um das Gleichgewicht eines Ortes zu stabilisieren.“ Dies wird in der Bewertung des Umwelteinflusses der wirtschaftlichen Projekte der mineralgewinnenden, der Energie- und Holzindustrie sowie anderer Industrien, die zerstören und verschmutzen, einfach übersehen. Das reichlich in Amazonien vorhandene Wasser ist überdies ein wesentliches Gut für das menschliche Überleben, aber die Quellen der Verschmutzung sind in beständigem Wachstum.“ (Papst Franziskus, QUERIDA AMAZONIA 49)

„Über die wirtschaftlichen Interessen von lokalen Unternehmern und Politikern hinaus gibt es in Wirklichkeit auch „die enormen internationalen wirtschaftlichen Interessen.“ Die Lösung findet sich in diesem Fall nicht in einer „Internationalisierung“ Amazoniens, vielmehr wird die Verantwortung der nationalen Regierungen schwerwiegender. Aus eben diesem Grund ist „die Aufgabenstellung von internationalen Organisationen und Vereinigungen der Zivilgesellschaft anerkanntswert, welche die Bevölkerungen sensibilisieren und kritisch mitwirken - auch unter Einsatz legitimer Druckmittel -, damit jede Regierung ihre eigene und nicht delegierbare Pflicht erfüllt, die Umwelt und die natürlichen Ressourcen ihres Landes zu bewahren, ohne sich an unehrliche lokale oder internationale Interessen zu verkaufen.“ “ (Papst Franziskus, QUERIDA AMAZONIA 50)

„Die Mächtigsten geben sich niemals mit dem Profit, den sie erzielen, zufrieden, und die Ressourcen der wirtschaftlichen Macht wachsen mit der wissenschaftlichen und technologischen Entwicklung. Daher sollten wir alle auf der Dringlichkeit beharren, „ein Rechtssystem zu schaffen, das unüberwindliche Grenzen enthält und den Schutz der Ökosysteme gewährleistet, bevor die neuen Formen der Macht, die sich von dem techno-ökonomischen Paradigma herleiten, schließlich nicht nur die Politik zerstören, sondern sogar die Freiheit und die Gerechtigkeit.“ “

(Papst Franziskus, QUERIDA AMAZONIA 52)

3)

„Den nationalen oder internationalen Unternehmen, die Amazonien Schaden zufügen und das Recht der ursprünglichen Völker auf ihr Gebiet und seine Grenzen, auf Selbstbestimmung und vorherige Zustimmung nicht achten, muss man den Namen geben, der ihnen gebührt: *Ungerechtigkeit und Verbrechen*. Wenn sich einige Unternehmen in der Begierde nach schnellem Gewinn die Gebiete aneignen und am Ende sogar das Trinkwasser privatisieren, oder wenn der Holzindustrie und Projekten zum Bergbau oder zur Erdölförderung sowie anderen Unternehmungen, welche die Wälder zerstören und die Umwelt verschmutzen, seitens der Behörden grünes Licht gegeben wird, dann verändern sich die wirtschaftlichen Beziehungen auf ungerechtfertigte Weise und werden zu einem Instrument, das tötet. Gewöhnlich wird auf Mittel jeder Ethik zurückgegriffen. Dazu gehören Sanktionen gegen Proteste und sogar die Ermordung der Indigenen, die sich den Projekten entgegenstellen, die Brandstiftung in den Wäldern oder die Bestechung von Politikern und Indigenen selbst. Dies wird von schweren Menschenrechtsverletzungen und von neuen Arten der Sklaverei vor allem gegenüber den Frauen begleitet wie auch von der Plage des Rauschgifthandels, der die Indigenen zu unterwerfen sucht, oder vom Menschenhandel, der die aus ihrem kulturellen Umfeld Vertriebenen ausnutzt. Wir dürfen nicht zulassen, dass die Globalisierung zu einer „neue(n) Form des Kolonialismus“ wird.“ (Papst Franziskus, QUERIDA AMAZONIA 14)

Vervollständigendes Literaturverzeichnis

Hessel, Stéphane, Empört Euch!, Ullstein, 2. Auflage 2011

Montalbán, Manuel Vázquez, Marcos Herr der Spiegel, Verlag Klaus Wagenbach, Berlin,
Aktualisierte Taschenbuchausgabe 2001

Papst Franziskus, QUERIDA AMAZONIA (Geliebtes Amazonien) - Nachsynodales Apostolisches
Schreiben - 2. Februar 2020

Pinzler, Petra, DER UNFREIHANDEL Die heimliche Herrschaft von Konzernen und Kanzleien,
Verlag rowohlt POLARIS, 2015

Sanders, Bernie, UNSERE REVOLUTION WIR BRAUCHEN EINE GERECHTE GESELLSCHAFT, Verlag
Büchergilde Gutenberg (Mit Genehmigung der Ullstein Buchverlage GmbH), 2017

Schuster, Simon, Demokratie des gehorchenden Regierens - Das zapatistische Modell einer neuen
Gesellschaftsordnung, UNRAST-Verlag, Münster, März 2017

Ziegler, Jean, Ändere die Welt!, Verlag C. Bertelsmann, 2015

Helmut Gelhardt
Sprecher Gerechter Welthandel
der Katholischen Arbeitnehmer-Bewegung (KAB)
Diözesanverband (DV) Trier
und der KAB Landesverband (LV) Rheinland-Pfalz

21. März 2023